

## BILDUNGS- TEILHABEPAKET

## Möglichkeiten werden rege genutzt

Inzwischen fast 16 800 Anträge gestellt.

VON HEIKO WIGRIM

**BERNBURG/MZ** - Im Salzlandkreis gibt es fast 11600 anspruchsberechtigte Kinder und Jugendliche für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung. Bisher gingen beim Salzlandkreis insgesamt rund 16 800 Anträge ein, erfuhr die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses des Kreistages auf ihrer Sitzung am Dienstagabend. Von diesen Anträgen wurden bereits 15 600 beschieden. Davon waren 14 500 Bewilligungen und 1 100 Ablehnungen.

Insgesamt wurden für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket 1,25 Millionen Euro ausgegeben.

Die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden im Rahmen der Grundsicherung für Bedürftige neben dem Regelbedarf erbracht. Dazu gehören unter anderem Klassenfahrten, Schulbedarf, Schülerbeförderung Lernförderung und Mittagsverpflegung. Diese einzelnen Leistungen müssen jeweils gesondert beantragt werden.

Beim Kreis gingen 2100 Anträge für eintägige Klassenfahrten ein, 1925 Antragsteller haben bereits einen Bescheid bekommen - 1716 Bewilligungen und 209 Ablehnungen. 5467 mal wurde Schulbedarf beantragt - es gab nur 15 Ablehnungen. Mittagessen wurde 4644 mal bewilligt und 265 mal abgelehnt. Die Teilhabe (z.B. Vereinsmitgliedschaft) wurde 1258 mal bewilligt und 291 mal abgelehnt. Neun Schülerbeförderungen wurden genehmigt, 35 abgelehnt.

Die Bearbeitungsquote liegt insgesamt bei über 93 Prozent. Durchschnittlich dauert die Bearbeitung eines Antrags 14 Tage.



Sie überreichten gestern den Aktenordner mit 2 882 Unterschriften an Landrat Ulrich Gerstner (rechts): Pfarrer Johannes Lewek (von links), Maik Mingo, Jörg Lemmert (beide Linkspartei) und Friedel Meinecke (SPD). FOTO: ENGELBERT PÜLICHER

# 2 882 Unterschriften

**ASYLRECHT** Initiatoren übergeben Aktenordner an Landrat Ulrich Gerstner.

VON PAUL SPENGLER

**BERNBURG/MZ** - Gestern überreichte eine Gruppe von Unterstützern der von Abschiebung bedrohten armenischen Familie Kalashyan einen Aktenordner mit insgesamt 2 882 Unterschriften an Landrat Ulrich Gerstner (SPD). Die Unterschriften - zu denen auch die von Bernburgs Oberbürgermeister Henry Schütze (parteilos) gehört - richten sich gegen die Abschiebung der Familie.

Rund 1 500 Unterschriften seien in den letzten Wochen auf Papier zusammen getragen worden, der Rest sei über das Internet eingegangen, erklärte Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Jan Korte (Die Linke). Es habe sich gezeigt, dass es sich lohne, Druck zu machen.

„Sie machen es sich nicht leicht, ich möchte Ihnen und der Ausländerbehörde meinen Respekt ausdrücken“, sagte der Bernburger Pfarrer Johannes Lewek in Richtung des Landrats. Lewek war neben dem SPD-Ortsvorsitzenden Friedel Meinecke und dem Initiator der Unterschriftenaktion, Maik Mingo (Die Linke), erschienen.

„Hier wird ein gutes Stück Bürgerengagement und Zivilcourage spürbar“, lobte der Pfarrer die Bereitschaft der Bevölkerung, sich für die Belange der Familie zu engagieren. Bei der Bitte, eine Unterschrift auf die Liste zu setzen, hätten die Unterstützer keine abfälligen Bemerkungen über Ausländer zu hören bekommen.

Lewek setzt seine Hoffnung nun vor allem auf die Härtefallkommission des Landes.

„Dort ist Bewegung in die Sache gekommen“, erklärte der Pfarrer. Landrat Gerstner wiederum findet es gut, „dass der Gesetzgeber über eine Härtefallberatung Ausnahmetatbestände bewertet“.

Wie bereits berichtet, wird der Landkreis eine zusätzliche Gesundheitsüberprüfung bei der von der Abschiebung bedrohten Mutter der Kinder der Familie Kalashyan durchführen. Wie lange dies zu einem Aufschub führen werde, dazu konnte der Landrat keine Angaben machen.

Lewek bat den Landrat, der armenischen Familie schriftlich mitzuteilen, dass die Ausweisung erst einmal ausgesetzt ist. „Das hat einen großen symbolischen Wert für die Familie“, erklärte Lewek.

## GREMIUM

### Acht Mitglieder

**Die Härtefallkommission** des Landes Sachsen-Anhalt besteht aus acht Mitgliedern. Sie werden entsandt vom Landkreistag, dem Städte- und Gemeindebund, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, dem Flüchtlingsrat, der Katholischen und der Evangelischen Kirche, dem Sozialministerium und dem Innenministerium des Landes. Die Mitglieder werden für zwei Jahre berufen. Die Härtefallkommission wird auf Antrag eines oder mehrerer Mitglieder tätig. Die Kommission tagt nichtöffentlich. Berichterstatte ist das antragsstellende Mitglied. PSR

MZ Bernburg, Seite 8, Donnerstag, 24.1.2013

## MONTAGSFORUM

### Gespräch mit der Familie Kalashyan

**BERNBURG/MZ** - Aus aktuellem Anlass wird im Montagsforum am kommenden Montag, 28. Januar, 19 Uhr, ein Gespräch mit der Familie Kalashyan angeboten. Trotz der knapp 2 900 überreichten Unterschriften und der Verschiebung der Abschiebung droht dennoch die Abschiebung der Familie. In diesem Gespräch wird die Familie persönlich vorgestellt, aber auch auf die sehr schwierige rechtliche Situation hingewiesen.

Die ursprünglich avisierte Nachbesprechung des Szenarios findet am Montag darauf, 4. Februar, mit Christoph Erdmenger, Mitglied des Landtages, statt.

MZ Bernburg, Seite 12, 24.1.2013